

**Die Wünsche der deutschnationalen Gewerkschaften.**

**Vorsprache bei der Regierung.**

Unter Führung der Deutschgewerkschaftlichen Vereinigung des Abgeordnetenhauses, vertreten durch den Obmann Abg. Seine und die Abgeordneten Dr. Bodirsky, Rittinger, Knirsch, Neunteufel und Dr. Baber, sprachen gestern die Vertreter der deutschen Arbeitnehmerverbände und deutschnationalen Arbeitergewerkschaften beim Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler vor. An der Konferenz nahmen seitens der Regierung noch der Eisenbahnminister Freiherr v. Banhans, Handelsminister Dr. v. Wieser, Minister Paul, in Vertretung des Finanzministers Seltionschef von Galekky sowie eine Anzahl Sachreferenten der beteiligten Ressorts teil.

Gegenstand der Beratung bildeten die Ernährungsfragen, die Versorgung mit Zivil- und Dienstkleidern, die Gehalts- und Lohnfragen für die Festbesoldeten und Arbeiter. In der Ernährungsfrage standen nach dem Berichte des Abgeordneten Knirsch folgende Vorschläge zur Verhandlung: Erhöhung der Mehlopfquote, Erstellung eines gemeinsamen Ernährungsplanes mit Ungarn und dem Deutschen Reich und Errichtung eines gemeinsamen Ernährungsamtes mit gemeinsamen Verwaltungskräften und Exekutivorganen, Abschaffung jeder Sonderversorgung bei Aufrechterhaltung des Zusatzes für Scherarbeiten, Verteilung der Lebensmittel ausschließlich durch die Gemeinde, Abschaffung der derzeitigen Zentralen und Verstaatlichung der zentralen Bewirtschaftung, strengste Maßregeln zur Einhaltung der Höchstpreise und Bestrafung des Wuchers und des Scheinhandels nach Kriegsrecht.

**Bevorstehende Verstaatlichung der Lebensmittelzentrale.**

Minister Paul schilderte die augenblickliche Ernährungslage, die Ausichten der kommenden Ernte und die zur besseren Erfassung derselben getroffenen Maßnahmen. Eine Erhöhung der Mehlopfquote könne in absehbarer Zeit nur dann durchgeführt werden, wenn die Zuzuhilfe aus den besetzten Gebieten, insbesondere aus der Ukraine, durch entsprechende Maßnahmen gesteigert werden. Bezüglich der Lebensmittelverteilung billigte der Ernährungsminister den von den deutschgewerkschaftlichen Abgeordneten vertretenen Standpunkt einer einheitlichen Verteilung durch die Gemeinden. Schließlich sagte der Minister zu, daß er im Sinne der gemachten Vorschläge die Verstaatlichung sämtlicher Lebensmittelzen-

tralen und deren Umwandlung in Unterkellen des Amtes für Volksernährung in kürzester Frist zur Durchführung bringen werde.

**Beistellung von Dienstkleidern.**

Ueber die Bekleidungsfrage berichtete Abgeordneter Seine; er fordert eine ausreichende Beistellung von Dienstkleidern und Schuhen, weiter, daß die bestehenden Wirtschaftsverbände zur Beschaffung von Zivilkleidern für Angestellte und Arbeiter unter materieller Mitwirkung der Regierung entsprechend erweitert und ausgestaltet werden.

Handelsminister Dr. v. Wieser gab eine Darstellung der äußerst schwierigen Verhältnisse in der Bekleidungsfrage, sicherte jedoch die Erfüllung der vorgebrachten Wünsche hinsichtlich der Beistellung von Dienstkleidern für die staatlichen Angestellten zu. Er gab die Erklärung ab, daß die Regierung neuerdings große Summen für die geforderte Ausgestaltung der Wirtschaftsverbände zur Bekleidung der staatlichen Angestellten bereitstellen und diese Institution in jeder Weise fördern werde.

**Erhöhung der Teuerungszulagen und naturale Zuwendungen.**

Abg. Dr. Baber verlangte in der Frage der Gehalts- und Lohnforderungen eine entsprechende Erhöhung der bestehenden Teuerungszulagen unter Beibehaltung der Anschaffungsbeiträge und die Einbeziehung eines Teiles der Teuerungszulagen in die definitive Besoldungsreform für alle Kategorien der Staatsangestellten.

Gewerkschafter Gangelmayer vertrat das von der Koalition der Eisenbahnerorganisationen aufgestellte Programm über Gehalts- und Lohnforderungen und verlangte seine restlose Durchführung.

Ministerpräsident Dr. v. Seidler anerkannte die loyale Haltung aller Kategorien der Staatsangestellten und Arbeiter während der ganzen Kriegszeit trotz der für sie besonders schwierigen Lebensverhältnisse. Er anerkannte die Verpflichtung des Staates, teils durch Aufbesserung der Kriegszuschläge, teils durch naturale Zuwendungen das Los der staatlichen Angestellten erträglicher zu gestalten.

**Die Forderungen der Eisenbahner.**

Eisenbahnminister Freiherr v. Banhans erläuterte nochmals die Stellung der Regierung zu den Forderungen der koalitierten Eisenbahner und sicherte in einzelnen Punkten eine weitere Berücksichtigung dieser Forderungen zu. Bezüglich einer Beseitigung gewisser Härten in den Bestimmungen über die Teuerungszulagen und Abänderung der Bestimmungen über die Zulagen der im Kriegsdienste stehenden Eisenbahner erklärte sich der Eisenbahnminister bereit, die aufgestellten Forderungen womöglich noch vor Zusammentritt des Abgeordnetenhauses der Erfüllung zuzuführen.

Sämtliche Abgeordnete führten Beschwerden über die verständnislose Haltung untergeordneter Organe des politischen Dienstes gegenüber den deutschnationalen Arbeitergewerkschaften besonders in Sachen des Versammlungsrechtes und der Vertretung der Gewerkschaften in Beiräten und Enqueten. Eisenbahnminister Freiherr v. Banhans sicherte die Abstellung von Mißgriffen der untergeordneten Organe zu.

Nach vierstündiger Dauer wurde die Konferenz geschlossen.